



Nicole Bäuml
Mitglied des Bayerischen Landtags



Uli Grötsch
Mitglied des Deutschen Bundestages

MdL Nicole Bäuml, Sedanstr. 13, 92637 Weiden

Frau
Staatsministerin Judith Gerlach
Bayerisches Staatsministerium
für Gesundheit, Pflege und Prävention
Haidenauplatz 1

81667 München

22. Januar 2024

Situation der Kliniken Nordoberpfalz AG

Sehr geehrte Frau Staatsministerin,

wie Sie wissen, befindet sich die Kliniken Nordoberpfalz AG (KNO AG), die ihren Sitz in unserem Stimm- bzw. Wahlkreis hat, bereits seit einiger Zeit in einer wirtschaftlich schwierigen Situation. Diese hat sich in den vergangenen Monaten nochmals zugespitzt.

Aufgrund der finanziell angespannten Lage plant der Klinikvorstand in Absprache mit den Trägerkommunen tiefgreifende Strukturänderungen, bei denen die Bürger*innen insbesondere im Landkreis Tirschenreuth massive Einschnitte in der Versorgung befürchten.

In der Folge initiierten u. a. vor Ort tätige Notärzt*innen, Klinikpersonal sowie Bürger*innen aus der Region eine Petition mit dem Ziel, die von der KNO AG angekündigten Umstrukturierungen zu verhindern. An diesem Ziel hält die KNO AG weiterhin im Grundsatz fest. Zwischenzeitlich hat der Landkreis Tirschenreuth als eine der Trägerkommunen zugesagt, entgegen der ursprünglich geplanten Strukturänderungen zumindest vorübergehend an der rund um die Uhr erreichbaren Notaufnahme festzuhalten. Es ist aber bereits absehbar, dass die dafür vorgesehenen Mittel nicht ausreichen werden, den Betrieb der Notaufnahme über einen längeren Zeitraum sicherzustellen.

Es ist uns ein großes Anliegen, dass alle Bürger*innen in der Nordoberpfalz Zugang zu einer guten Gesundheitsversorgung haben, bei der auch die Notfallversorgung sichergestellt ist. Dazu braucht es sowohl kurz- als auch

Nicole Bäuml, MdL
Abgeordnetenbüro
Sedanstraße 13
92637 Weiden

Telefon +49 961 33 0 11
Fax +49 961 37 397
nicole.baeuml.sk@
bayernspd-landtag.de

Uli Grötsch, MdB
Bürgerbüro
Sedanstraße 13
92637 Weiden

Telefon: +49 961-33011
Fax: +49 961-37397
uli.groetsch.wk@bundestag.de

langfristig Anstrengungen, bei denen wir die Gesundheitsministerien im Freistaat und im Bund gemeinsam in der Pflicht sehen.

Zwei wichtige Bausteine können das vom Deutschen Bundestag beschlossene Krankenhaustransparenzgesetz sowie die vom Bundesgesundheitsministerium vorbereitete Klinikreform sein. Bis diese Reform wirken kann, braucht es allerdings eine kurzfristige Lösung, die der KNO AG eine finanzielle Atempause verschafft. Daher möchten wir mit diesem Schreiben an Sie appellieren, sich persönlich dafür einzusetzen, eine individuelle und praktikable Lösung für die KNO AG und insbesondere das Krankenhaus Tirschenreuth – beispielsweise eine Übergangsfinanzierung für die kommenden Monate – auf den Weg zu bringen. Das Ziel muss sein, die Finanzierung einer flächendeckenden Versorgung – insbesondere im Bereich der Notfallversorgung – bis auf Weiteres sicherzustellen. Andernfalls steht zu befürchten, dass die geplante Klinikreform für die KNO AG zu spät kommt.

In diesem Zusammenhang möchten wir auch an Sie und die bayerische Staatsregierung appellieren, die politisch motivierte Blockade des Krankenhaustransparenzgesetzes und der Krankenhausreform endlich einzustellen. Allein mit dem Krankenhaustransparenzgesetz wären Liquiditätshilfen in Höhe von sechs Milliarden Euro für die Kliniken verbunden. Sechs Milliarden Euro, die die finanzielle Situation derzeit unterfinanzierter Häuser signifikant verbessern könnten. Es ist für uns völlig unverständlich, dass der Freistaat Bayern – gemeinsam mit anderen unionsgeführten Ländern – diese Finanzhilfen aktuell im Vermittlungsausschuss blockiert.

Je länger die Blockade des Krankenhaustransparenzgesetzes andauert und der Abschluss der Krankenhausreform auf sich warten lässt, desto höher ist das Risiko, dass Krankenhäusern oder Klinikverbänden bereits vorher finanziell die Luft ausgeht und Strukturen unwiederbringlich verloren gehen.

Darüber hinaus braucht es aber auch langfristig und dauerhaft eine tragfähige Perspektive für die bayerischen Kliniken in der Fläche. Dazu ist es dringend geboten, dass sich der Freistaat Bayern entsprechend seiner gesetzlichen Verpflichtung zur Krankenhausplanung und zur Sicherstellung der Krankenhausversorgung im ländlichen Raum deutlich stärker als bisher in den Prozess einbringt. Wir erleben momentan bayernweit unzählige Umstrukturierungen und Schließungen von Kliniken, die faktisch in ein

unkontrolliertes Kliniksterben münden. Die Bürger*innen erwarten zurecht vom Freistaat, dass diese Verpflichtung mit Leben gefüllt, die medizinische Versorgung insbesondere im ländlichen Raum flächendeckend sichergestellt und vor allem auch entsprechend finanziert wird.

Ihrer Antwort sehen wir mit großem Interesse entgegen und danken Ihnen schon jetzt für Ihre Bemühungen.

Mit freundlichen Grüßen

Nicole Bäuml
Mitglied des Bayerischen Landtags

Uli Grötsch
Mitglied des Bundestages